

E-JOURNAL (2022)

11. JAHRGANG / 1

zfl

FORUM INTERDISZIPLINÄRE BEGRIFFSGESCHICHTE (FIB)

LEIBNIZ-ZENTRUM
FÜR LITERATUR- UND
KULTURFORSCHUNG

Herausgegeben von Ernst Müller

Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung
Schützenstraße 18 | 10117 Berlin
T +49 (0)30 20192-155 | F -243 | sekretariat@zfl-berlin.org

IMPRESSUM

Herausgeber dieser Ausgabe

Ernst Müller, Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung (ZfL)

www.zfl-berlin.org

Direktorin

Eva Geulen

Redaktion

Ernst Müller (Leitung), Dirk Naguschewski,
Tatjana Petzer, Barbara Picht, Falko Schmieder,
Georg Toepfer

Wissenschaftlicher Beirat

Faustino Oncina Coves (Valencia), Christian Geulen
(Koblenz), Eva Johach (Konstanz), Helge Jordheim
(Oslo), Christian Kassung (Berlin), Clemens Knobloch
(Siegen), Sigrid Weigel (Berlin)

Gestaltung KRAUT & KONFETTI GbR, Berlin

Layout/Satz Tim Hager

Titelbild D. M. Nagu

ISSN 2195-0598

DOI: [10.13151/fib.2022.01](https://doi.org/10.13151/fib.2022.01)



Sämtliche Texte stehen unter der Lizenz

CC BY-NC-ND 4.0. Die Bedingungen dieser Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den*die jeweilige*n Rechteinhaber*in.

© 2022 / Das Copyright liegt bei den Autor*innen.

INHALT

- 4 EDITORIAL**
Ernst Müller

BEITRÄGE

- 6 TRANSPARENZ ALS MEHRDIMENSIONALER SCHLÜSSELBEGRIFF**
Lea Watzinger

- 15 STATIK**
Nicole Rettig

REZENSIONSESSAY

- 27 »CHARISMATISCHE WÖRTER«: ZUR ANATOMIE MASSENDEMOKRATISCHER
KAMPFBEGRIFFE**
ANLÄSSLICH VON DAVID RANAN (HG.): »SPRACHGEWALT. MISSBRAUCHTE
WÖRTER UND ANDERE POLITISCHE KAMPFBEGRIFFE«
Clemens Knobloch

REZENSIONSESSAY

»CHARISMATISCHE WÖRTER«: ZUR ANATOMIE MASSENDEMOKRATISCHER KAMPFBEGRIFFE ANLÄSSLICH VON DAVID RANAN (HG.): »SPRACHGEWALT. MISSBRAUCHTE WÖRTER UND ANDERE POLITISCHE KAMPFBEGRIFFE«¹

Clemens Knobloch

I. DAS EWIGE LIED VON DER MISSBRAUCHTEN SPRACHE

Stichworte wie ›Sprachgewalt‹, ›Sprachverfall‹, ›missbrauchte Wörter‹ lösen bei Sprach- und Kommunikationswissenschaftlern einen Alarm aus, besonders wenn sie reflexhaft mit dem mahnenden Hinweis auf George Orwell verbunden werden. Die Epoche, die nicht davon überzeugt wäre, dass ›ihre‹ (politische) Sprache von Verfall und Missbrauch bedroht ist, muss noch gefunden werden. Und offensichtlich gibt es ein tief sitzendes Bedürfnis, diesen stets bedrohlichen Zustand von (häufig selbsternannten) Experten bestätigt zu bekommen. Was unterscheidet den Missbrauch eines Wortes von seinem Gebrauch – außer dem Umstand, dass der erstere dem jeweiligen Sprecher nicht gefällt? Und kann man nicht auch den Titel ›Sprachgewalt‹ dem Missbrauch zurechnen, wo doch alles, was mit Gewalt durchgesetzt wird, auf Wörter ganz verzichten kann, und alles, was mit Worten erreicht werden kann, *eo ipso* ohne Gewalt auskommt? Am sprachkritischen Lamento erbaut sich eine sensible und exquisite Bildungsschicht, die ihr gesellschaftliches Selbstbewusstsein aus der eigenen Zuständigkeit für Sprachpflege und Sprachreinheit schöpft. Für sie wird das Wort (und das Unwort) des Jahres gekürt, und in den Niederungen von Propaganda, Werbung und Massenkultur rümpft sie ästhetisch empört die Nase. Der gepflegte Sprachgebrauch der eigenen Schicht ist das Maß der Dinge – alles andere ist Missbrauch und Verfall.

Solche und ähnliche Befürchtungen standen am Anfang der Lektüre von Ranans *Sprachgewalt. Missbrauchte Wörter und andere politische Kampfbegriffe*. Titel und Einleitung des Buches geben ihnen Nahrung – und ich beeile mich hinzuzufügen, dass die Mehr-

zahl der folgenden Wortessays von *Fake News* bis *Wahrheit* durchaus geeignet ist, diese Befürchtungen gründlich zu zerstreuen. Der Motivkomplex bestehend aus ›Sprachgewalt‹, ›Missbrauch‹ und ›Orwell‹ aktiviert (neudeutsch gesprochen) einen *Frame*, in den die Mehrzahl der Wortessays sich erfreulicherweise nicht fügt.

Die ausgesprochen starke Seite des jüngsten Glossars zu politischen Feindbegriffen und Fahnenwörtern besteht darin, dass die Lemmaliste, so bunt sie auf den ersten Blick aussehen mag, ganz überwiegend Einträge versammelt und kundig analysiert, die zu einem gemeinsamen (und relativ neuen) *Stil* des politischen Sprachgebrauchs gehören.² Darin ist sie durchaus vergleichbar dem (für einschlägige Unternehmungen modellbildenden) Glossar von Bröckling et al.,³ das seinerseits Stil und Duktus der im Ensemble erst nach 1990 erfolgreichen neoliberal-gouvernementalen Programmbegriffe und Selbstregierungsimperative einfängt (*Aktivierung, Beratung, Empowerment, Flexibilität*). Ranans Einträge stammen ganz überwiegend aus einer Sphäre, für die Rainer Mausfeld noch vor der Pandemie die treffende Bezeichnung »Kontaminationsbegriffe⁴« vorgeschlagen hat: Den Gegner, der öffentlich erfolgreich mit diesen Begriffen etikettiert werden kann, machen sie ansteckend, er muss gemieden und isoliert werden, weil jeder, der mit ihm nachweislich Kontakt aufnimmt (oder in Verbindung gebracht werden kann), selbst infiziert und ansteckend wird. Es handelt sich um Begriffe wie *Rassismus, Terrorismus, Populismus, Antisemitismus, Islamismus, Verschwörungstheorie*. Die skeptische und politisch erfahrene Distanznahme

1 Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 2021, 384 S.

2 In den vergangenen 20 Jahren ist die Darstellungsform des Glossars ausgesprochen modern geworden; vgl. Punkt VI.

3 Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hg.): *Glossar der Gegenwart*, Frankfurt am Main 2004.

4 Rainer Mausfeld: *Warum schweigen die Lämmer?* Frankfurt am Main 2018, S. 75.

gegenüber den mit diesen Begriffen verbundenen Narrativen, die für das offiziöse Selbstbild der neo-liberalen Führungsmächte zentral sind, zeichnet die Mehrzahl der Einträge aus und macht sie zu einem Instrument der kritischen Selbstaufklärung.

II. ETYMOLOGIE UND/ODER BEGRIFFSGESCHICHTE?

Dass Begriffsgeschichte so etwas wie eine erweiterte und vertiefte Etymologie sei, ist ein verbreitetes Missverständnis, das auch in einigen Beiträgen zu Ranans Buch aufscheint. Dieses Missverständnis dockt an bei einer verbreiteten *linguistic ideology*,⁵ wonach das Etymon für so etwas wie die ursprüngliche und eigentliche Bedeutung eines Ausdrucks stehe und auch dem gegenwärtigen Gebrauch auf irgendeine Weise zu Grunde liege. Das ist allerdings in der Regel aus mehreren Gründen nicht der Fall. Zum einen sind es nicht die sprachsystemischen und darstellungstechnischen »Bedeutungen« eines Ausdrucks, die den Gebrauch eines politischen Begriffs in einem gegebenen diskursiven Zusammenhang fundieren. Sie sind aber der »Stoff« der Etymologie, die ja von der Fülle der fach- und interdiskursiven Verwendungen eines Ausdrucks absehen und »Gemeinsames« festhalten muss. Als linguistische Disziplin ist die Etymologie ohnehin prekär, weil sie gar nicht anders kann, als von der »Identität« eines Sprachzeichens über die Grenzen von Zeit, Raum und Verwendungssituation auszugehen – von einer Annahme also, die bereits für den alltäglichen Zeichenvorrat so nicht gilt, und schon gar nicht für die »tropisch« höchst beweglichen Begriffe der politischen Selbst- und Fremddeutung.

Zum anderen ist es immer ein konkretes (inter-)diskursives Kraftfeld, das den erfolgreichen Gebrauch eines Begriffes hält und trägt (einschließlich der impliziten oder expliziten Gegenbegriffe). Hinzu kommen oft konnotative Ladungen und Implikationen, die aus

anderen diskursiven Praxissphären ins politische Feld »importiert« werden. Der erfolgreiche Einsatz des Fahnenwortes *Diversität/Vielfalt* lässt sich nicht aus der (arg farblosen und mageren) Etymologie des Wortes herleiten. Er hat aber viel damit zu tun, dass *Diversität/Vielfalt* Programmatik, Wertungsimplicationen und Konnotationen des ökologischen Biodiversitätsdiskurses in der politisch-kulturellen Sphäre verfügbar macht und interdiskursiv generalisiert. Ohne diesen Hintergrund könnte *Vielfalt* auch für Chaos, Unregierbarkeit, Unübersichtlichkeit stehen. *Normalität* (um ein weiteres Beispiel zu geben) verweist etymologisch auf *Norm* als seine Basis, hat aber die begriffsgeschichtliche Pointe, dass es gerade für nicht-normative, statistisch-numerische Regularitäten und Verteilungen steht, über die Machtansprüche begründet und Selbstregulierung angeregt wird. Die Subjekte sollen selbst aktiv ihr Verhältnis zum Durchschnitt managen. Man weiß, wo man steht, wird evaluiert und gerankt, und ist stets gehalten, seinen Platz zu halten oder besser noch: zu verbessern. *Normalität* ist (sagen wir) zahlen- und faktenbasiert, eine *Norm* dagegen gilt kontrafaktisch.⁶

Ein gutes Beispiel für die komplizierten Wechselbeziehungen zwischen Etymologie, Begriffsgeschichte und aktueller Verwendungsdynamik gibt der Eintrag *Kolonialismus*. Die Autorin (Gesine Krüger) beginnt mit dem DWDS-Eintrag zum Lemma, der aus Etymologie (Ableitung von lat. *colere*, pflegen, bebauen, ehren etc.) und dem konzeptuellen Pendant der historischen Nenn- und Epochenbedeutung abgemischt ist: extraterritoriale Ansiedlung, meist überseeisch, mit politischer und wirtschaftlicher Unterdrückung der einheimischen Bevölkerung etc. Die Autorin konstatiert dann, dass der Ausdruck für eine extrem breite Palette von Phänomenen (weit über den historischen Epochenamen hinaus) in Gebrauch ist, »mit allerdings überraschend übereinstimmenden Konnotationen« (111). Es ist die unbedingt negative, auf allgemeiner Ablehnung des *Kolonialismus* als (vermeintlich) abgeschlossener Epoche beruhende Konnotation, die den Ausdruck gegenwärtig zum »Kontaminationsbegriff« (s. o.) macht. Was unter *Kolonialismus* rubriziert wird, verweist auf eine Epoche, die den Wortführern des liberalen Globalismus für gestrig und verbrecherisch gilt. Das Wort steht immer für einen politischen Angriff. Eben darum bemühen sich offizielle Stellen um die öffentlichkeitswirksame Rückgabe kolonialer

5 Als »linguistic ideologies« bezeichnet Michael Silverstein alle Deutungsmuster, Erklärungen und Konstrukte, mittels derer sich Sprecher das Funktionieren ihrer Sprache selbst zu-rechtlegen. Sie sind, auch wenn sie im wissenschaftlichen Sinne »falsch« sind, wirkmächtige und reale Bestandteile der sprachlichen Kommunikation. (Vgl. Michael Silverstein: »Language Structure and Linguistic Ideology«, in: Paul R. Clyne et al. (Hg.): *The Elements: A parasession on linguistic units and levels*, Chicago 1979, S. 193–247.) Und auch Sprachwissenschaftler tun gut daran, sich nicht zu weit von den linguistic ideologies ihres Publikums zu entfernen, da sie ja auf außerfachliche Resonanz angewiesen sind!

6 Vgl. Jürgen Link: *Versuch über den Normalismus*, Göttingen 2006.

Raubkunst, um symbolische Wiedergutmachung gegenüber den Herero und Nama in Namibia etc., was meist weit mehr mit der globalen Imagepflege der Ex-Kolonialherren (heute zumeist Staaten mit globalen Wirtschaftsakteuren) zusammenhängt als mit der ohnehin unmöglichen Entschädigung der Opfer. Mit Bezug auf die (sich ›postkolonial‹ verstehende) Gegenwart spricht die Autorin von einem »metaphorischen« Gebrauch des Ausdrucks, ist aber zugleich nicht ganz glücklich mit dieser Formulierung (111). In der Tat decken klassische Definitionen der Metapher das fragliche Phänomen nicht genau, es handelt sich aber um einen für die politische Begriffsgeschichte vollkommen regulären Zusammenhang zwischen einer historischen Nennbedeutung, den in ihr aufgespeicherten Konnotationen und Implikationen, und einer aktuellen Szene, in der diese Konnotationen strategisch eingesetzt (und damit auch verändert) werden. Ein ähnliches Verhältnis zwischen historischer Namensbedeutung und performativer Verwendungen in der Gegenwart lässt sich auch am Beispiel *Zionismus* ausmachen. Was der Autor des Eintrags (Yair Wallach) als »Zombie-Kategorie« (139) bezeichnet, weil die historische Konstellation, in der *Zionismus* als Name einer Bewegung geprägt wurde, sich längst aufgelöst und vollständig verändert hat, gehört zum gewöhnlichen Gebrauch historischer Begriffe in der massendemokratischen Szene. Aus der umgrenzten ideologischen Bewegung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (mit ihrer Basis im osteuropäischen Judentum und ihren westeuropäischen Wortführern), ist nach dem NS-Völkermord ein Stück der israelischen Staatsideologie geworden. In den Jahrzehnten nach der Staatsgründung wird es zunehmend die US-amerikanische Diaspora, die sich mit dem Staat identifiziert, ohne aber in nennenswertem Umfang dorthin auszuwandern. Die Einwanderung wird in der Hauptsache aus Nahost und Nordafrika gespeist, und für die Gegenwart gilt, dass aus dem *Zionismus* eine »jüdisch-existenzielle Metaerzählung« (145) geworden ist, welche die Diaspora und den Staat Israel identitätspolitisch verbindet. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, dass *Antizionismus* und *Antisemitismus* in der Gegenwart miteinander identifiziert werden können. Was für den historischen Epochennamen natürlich eine geradezu abenteuerliche Engführung wäre. Eine solche ›Bewahrfunktion‹ historisch-politischer Begriffe hat Ian Hacking (2001) zugespitzt zu der Formel: »Begriffe haben Erinnerungen an Ereignisse, die wir vergessen haben.«⁷

7 Zitiert nach Ernst Müller/Falko Schmieder: *Begriffsgeschichte und historische Semantik. Ein kritisches Kom-*

Es ist ein erstaunlicher Befund des Bandes von Ranan, dass sich vergleichbare Konstellationen bei so gut wie allen modernen Kontaminationsbegriffen finden, auch bei *Rassismus*, ansatzweise bei *Apartheid*, bei *Islamismus* und *Fundamentalismus*. Ich komme darauf zurück.

Dass es einigermaßen ähnliche Konturen bei vielen modernen Kontaminationsbegriffen gibt, heißt jedoch nicht, dass man stets damit rechnen kann, im aktuellen Gebrauch eines Ausdrucks konsistente Projektionen seiner früheren Verwendung in die Gegenwart zu finden. Der Eintrag *Populismus* (Brian Klug) beispielsweise geht etymologisch gewiss auf lat. *populus/Volk* zurück, im Text wird dann einigermaßen »wild« etymologisiert, um den zeitgenössischen Gebrauch von *Populismus* abzusetzen gegen *populär* (und vor allem gegen *demokratisch*, das ja ebenfalls die ziemlich vielfältigen semantischen Ressourcen von *Volk* = *demos*, *ethnos*, Pöbel aktualisiert; hierzu der Eintrag *Volk* von Jörn Retterath). Der Autor erinnert daran, dass es historisch durchaus Bewegungen gegeben hat, die *Populismus* als Selbstbezeichnung gebraucht haben (etwa die *People's Party* in den USA des späten 19. Jahrhunderts; 32). Der Autor nennt sogar die russischen *Narodniki* der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in der Genealogie von *Populismus*.⁸ Um dann relativ unvermittelt zu einem Ergebnis zu kommen, das spöttische Linguisten wohl als ein Beispiel für ›God's Truth-Semantik‹ klassifizieren würden: Dass nämlich Hardcore-Populismus »die größte Bedrohung für die Demokratie« (40) darstelle und von Politikern und Kommentatoren nicht geduldet werden dürfe! Das erinnert ein wenig an die Humpty-Dumpty-Semantik aus Alice im Wunderland, nach welcher es allein der Sprecher ist, der festlegt, was ›seine‹ Worte bedeuten.

Die aktuelle Verwendungslogik des Stigmawortes *Populismus* (der Autor gibt selbst Beispiele für diese Logik) dürfte aber nur verständlich werden, wenn man *Populismus* als einen Begriff begreift, der einen politischen Gegner in der Grenz- und Übergangzone zwischen der gehegten demokratischen »Mitte« und dem (als *extremistisch* markierten) »Außen« des demokratischen Diskurses verortet. Gegen Trump, Orban, Erdogan etc. hat das P-Wort die performative Bedeutung: ›Noch einen Schritt weiter, und wir erklären dich zum *extremistischen* Feind!‹ Überdies

pendium, Berlin 2016, S. 606.

8 Eher eine revolutionäre Intellektuellenbewegung mit romantisch-sozialistischen Zielen, deren Spuren man kaum in der heutigen Verwendung von *Populismus* wiederfinden kann.

lehrt ja die politische Praxis *populistischer* Herrscher wie Erdogan, dass man zeitweise in der Massendemokratie damit durchkommen kann, alle seine politischen Gegner zu *Terroristen* zu erklären! David Ranan arbeitet in seinem Eintrag zu *Terrorismus* dann auch heraus, dass der Ausdruck keinen fassbaren analytisch-deskriptiven Gehalt hat, sondern überall lediglich angst- und feindpolitisch eingesetzt wird (seit der Bush-Rede von 2001, die den *Terrorismus* nach dem Ende des Kalten Krieges als neues absolutes Feindetikett etabliert; 217). Auch und gerade in Israel, übrigens. Und auch und gerade in den von Demokraten regierten USA, wo weltweit außerrechtlich und geheimdienstlich ermordet werden kann, wer zuvor als *Terrorist* gebrandmarkt worden ist.

Und so gesehen ist das, was der Autor des Eintrags *Extremismus* (Christoph Gollasch) sehr kenntnisreich als dessen »Missbrauch« analysiert, der ganz gewöhnliche und reguläre Gebrauch des Ausdrucks zur flexiblen Exklusion: Gollaschs Beispiele (der Thüringische Ministerpräsident Ramelow und der AfD-Politiker Höcke gelten als *extremistisch*, ebenso die Bürgerinitiative »Deutsche Wohnen enteignen!«; 169–201) zeigen, dass der Begriff wegen seiner Tauglichkeit für bewegliche Grenzmarkierungen sehr gut dazu verwendet werden kann, die Linke außen und die Rechte innen zu halten in der öffentlichen Wahrnehmung. Exemplarisch praktiziert hat das der Ex-Verfassungsschutzpräsident Maaßen, der bei rechtsradikalen Mordtaten stets nur Einzeltäter wahrzunehmen vermochte, während er vom Linksextremismus in der SPD (damals Regierungspartei!) sprach.

Wiederum anders liegen die Dinge bei *Nazi*. Der Autor (Michael Kohlstruck) erzählt vor allem die Bezeichnungsgeschichte von der parodistischen Replik auf *Sozi* über die Mitgliedschaft in der NSDAP bis 1945 und die Bezeichnung für NS-Sympathisanten nach 1945 bis hin zum Diffamierungsbegriff für Alt- und Neurechte in der Gegenwart. Um dann zu fragen, was eigentlich passiert, wenn viele Zeitgenossen die Vertreter der Neuen Rechten als *Nazis* bezeichnen. Seine Antwort: *Nazi* wird in diesem Kontext zu einer Schließungsfigur, zum wohlfeilen Ersatz für »Gegenwartskompetenz«, zur Ablenkung vom spezifisch Gegenwärtigen und Neuen an der Neuen Rechten (227 f.).

III. VOM KAMPFBEGRIFF ZUM KONTAMINATIONSBEGRIFF; WEITERE EINTRÄGE

Zu den ultimativen Kontaminationsbegriffen der deutschen Politik gehört der *Antisemitismus*-Vorwurf, zu dem Amos Goldberg einen exzellenten und engagierten Essay beisteuert. Auch hier haben wir auf der einen Seite den von Hannah Arendt klassisch untersuchten Komplex, der die Vorgeschichte der Shoa in den Blick nimmt.⁹ Arendts Untersuchung handelt »allein von jenem Antisemitismus, von dem gezeigt wird, wie er als politisch gemeinte weltanschauliche Bewegung, im Unterschied vom Judenhass, erst ein Produkt des letzten Drittels des neunzehnten Jahrhunderts ist« und der schließlich im frühen 20. Jahrhundert Staatsideologie geworden ist.¹⁰ Amos Goldberg erzählt die Geschichte weiter bis zu dem Punkt, an dem der gegenwärtige Streit um die BDS-Bewegung, um (den ein- und wieder ausgeladenen) Achille Mbembe, vor allem in Deutschland verständlich wird. Amos Goldberg spricht von einem »globalen Krieg der Narrative«, vom *clash* zwischen dem (im Westen immer verbindlicher werdenden) anti- und postkolonialistischen Narrativ¹¹ und der zionistischen Staatsideologie Israels. Im postkolonialistischen Narrativ ist Israels Okkupations-, Siedlungs- und Entrechtungspolitik in den besetzten Gebieten ein (letztes) Beispiel für offenen Kolonialismus. Diese Auffassung ist seit langer Zeit verbreitet bei palästinensischen Aktivisten, wird aber seit 1975 auch von UN-Mehrheiten geteilt. Amos Goldberg berichtet (86), wie auf dem NGO-Forum der Dritten UN-Weltkonferenz gegen Rassismus im Jahr 2001 die Verurteilung der israelischen Politik immer schärfer wird und wie sogar ein Boykott gegen Israel (wie ehemals gegen den südafrikanischen Apartheidsstaat) gefordert wird. Die 2005 von palästinensischen Organisationen gegründete BDS-Bewegung steht in dieser Tradition – und seither in erbitterter Konkurrenz mit der (ebenfalls von internationalen Institutionen – und 2016 auch von der IHRA – übernommenen) Engführung von antiisraelischen, antizionistischen und antisemitischen Äußerungen. Vor diesem Hintergrund etabliert sich die Möglichkeit, jegliche Kritik an der israelischen Besatzungs- und Siedlungspolitik als *antisemitisch* zu markieren – und damit hoch ansteckend zu machen. Amos Goldberg schildert die absurden Folgen dieses Kriegs der Narrative, der z. B. in Deutschland dazu

9 Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München 1986, S. 15–206.

10 Ebd., S. 9.

11 Für das in diesem Falle Achille Mbembe steht.

geführt hat, dass der Bundestag 2019 die BDS-Bewegung für antisemitisch erklärt hat. Den Direktor des Berliner Jüdischen Museums (Peter Schäfer) hat man allein darum zum Rücktritt genötigt, weil seine Pressestelle auf eine Erklärung von 240 jüdischen Wissenschaftlern hingewiesen hat, die es bei aller Kritik ablehnen, die BDS-Bewegung als antisemitisch zu markieren. Mittlerweile haben diverse deutsche und europäische Gerichte entschieden, dass es nicht zulässig ist, Gruppen und Organisationen wegen ihrer Haltung zu BDS zu diskriminieren (92). Amos Goldberg selbst plädiert dafür, beide Narrative anzuerkennen, damit der notwendige Kampf gegen den Antisemitismus nicht »zum Instrument von Unterdrückung, Rechtsverletzung und Beschränkung der freien Meinungsäußerung« mutiert (93).

Anlass für erhebliche, aufgeheizte und von merkwürdigen Friktionen und Parteiungen geprägte öffentliche Auseinandersetzungen hat in den letzten Jahren auch der Kontaminationsbegriff *Rassismus* gegeben. Man denke nur an Seminar- und Feuilletondebatten über die Frage, ob Kant *Rassist* gewesen sei (oder gar Hannah Arendt!), ob das Kinderlied von den »Drei Chinesen mit dem Kontrabass« rassistisch sei (wie neulich in der FAZ – ausgerechnet da! – behauptet), oder ob die Frage ›Woher kommst Du?‹, gerichtet an einen migrantisch aussehenden Menschen, ein Beispiel für *Rassismus* sei. Der Autor des Eintrags (Christian Geulen) erinnert daran, dass nach 1945 der *Anti-Rassismus* so etwas wie eine konsensuelle Klammer für UNO-Aktivitäten geworden und gewesen ist. Der historische *Rassismus* (als legitimatorische Lehre zur kolonialen Praxis, vom noch feudalen Gobineau Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum NS-Rasse-Günther)¹² habe, ganz im Sinne von Hannah Arendt, das Zeug zur politischen Staatsideologie gehabt, sei aber mittlerweile verwässert und generalisiert und kompatibel »mit jeder Art von Ungleichheitsbehauptung« (101). Dass auch hier der konnotativ hoch kontaminöse Epochenname eine Ressource für die fast grenzenlose Ausweitung der Reichweite von *Rassismus* in der neoliberalen Gegenwart ist, versteht sich. Der Autor rekonstruiert den expansiven neuen Typ der Naturalisierung von »rassistischer« Abneigung und Gegenwehr gegen alle Nicht-Wir-Gruppen, der sich qua Korrektheitsdiskurs in den 1990er Jahren auch auf linke (eigentlich rassistus-kritische) Identitätsgruppen ausweitet (105). Was sich

qua *Leitkultur* (oder ähnlichen identitätspolitischen Wir-Konzepten) gegen Migration und »Multikulturalismus« abzugrenzen sucht, folgt ebenso einer Logik des Ressentiments wie die geschichtsblinden links-identitären Wir-Gruppen, die sich auch allenthalben bedroht fühlen durch alles, was nicht zur ›eigenen‹ Sphäre gerechnet wird (107).

Wenn ein politischer Kampfbegriff zugleich eine historische Epoche bezeichnet oder umreißt (wie der *Rassismus* im Zeitalter des Imperialismus oder die *Apartheid* in Südafrika), dann neigen Historiker dazu, seine Verwendung in einer ganz neuen geschichtlichen Lage für falsch (oder eben missbräuchlich) zu halten. Niemand wird heute explizit und programmatisch von der Überlegenheit der arischen, nordischen, weißen (oder sonst einer) *Rasse* sprechen, und dass es im biologischen Sinne keine Menschenrassen gibt, hat sich ebenfalls herumgesprochen. Insofern ist jede Weiterverwendung des Ausdrucks *Rassismus* unter neuen Vorzeichen eben eine kasuistische Übertragung,¹³ welche die Wertladungen und Konnotationen des alten Begriffs mitnimmt. Die wirksamen Elemente im aktuellen Gebrauch eines Feind- und Kontaminationsbegriffs wie *Rassismus* wird man sich vorstellen müssen als variabel abgemischt aus heterogenen Quellen und Bestandteilen, darunter: das aktuell Gemeinte und Bezeichnete (z. B. ein Kinderlied oder eine Herkunftsfrage oder eine Aufklärungsphilosophie!), das Historisch-Terminologische und die mitgeführten konnotativen Bestände. Und das bringt uns zum Thema des folgenden Abschnitts.

IV. WAS WÖRTER ›WIRKLICH‹ BEDEUTEN; BEGRENZUNGSVERSUCHE, WO VERWENDUNGSANALYSE GEFRAGT IST

Zum unter II. angesprochenen Etymologiekomplex gehört der (womöglich von Linguisten) genährte Expertenglaube, man könne ganz gegen den anarchischen und kasuistisch streuenden Gebrauch in Gegenwart und Vergangenheit ermitteln, was Wörter ›wirklich‹ bedeuten. Dieser Glaube gehört zur ›metasemantischen Folklore‹ von Lexikographen, deren Aufgabe ja eben darin besteht, für die Allgemeinheit autoritativ festzulegen, was die Wörter ›wirklich‹ bedeuten. Diskursteilnehmer hingegen begnügen sich in der Regel damit zu debattieren, was mit

12 Arendt führt Gobineau unter der Überschrift »Von der Adelsrasse zur Bürgernation«, in: Arendt: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (Anm. 9), S. 272 ff.

13 Zu *casuistic stretching* vgl. Kenneth Burke: *Attitudes toward History* (1937), Berkeley, L.A. 31984, S. 229 ff., 307.

einzelnen Verwendungen der Ausdrücke »gemeint« sein könnte (und nehmen dabei des Wörterbuch bestenfalls zu Hilfe). Die Frage nach der »wirklichen« Bedeutung eines Ausdrucks führt unweigerlich zu dem, was Semantiker seit Karl Otto Erdmann (1922) als »Wortbegrenzung« (oder »Wortabgrenzung«) von der eigentlichen Wort- und Gebrauchsanalyse unterscheiden.¹⁴ Selbstverständlich ist »Wortbegrenzung«, aktive und definitorische Festlegung dessen, was ein Ausdruck bedeuten *soll*, eine allgegenwärtige und unvermeidliche Praxis. Wer einen fachlichen Terminus definiert, der betreibt Wortbegrenzung. Juristen beispielsweise können mit Ausdrücken wie *Mord*, *Totschlag*, *Diebstahl* nur dann etwas anfangen, wenn sie mit kontrollierbaren und geordneten Inferenzen und institutionellen Prozeduren verbunden und von Fall zu Fall entscheidbar gemacht werden (und damit zu etwas ganz anderem geworden sind als dem, was sie im Alltag bedeuten). Juristen betreiben hauptberuflich Wortbegrenzung. Die Pointe solcher Wortbegrenzungen freilich besteht darin, dass die Ausdrücke dabei ihr alltagssprachliches Inferenz- und Verknüpfungspotential nicht restlos abstreifen. Sie schleppen es vielmehr mit als einen nicht klärbaren Rest – und umgekehrt gehen Begrenzungsversuche in den allgemeinen und interdiskursiven Gebrauch ein, wenn sie dort rezipiert und weiter genutzt werden. So kann sich jeder im mediopolitischen Interdiskurs auf die fachliche Autorität von Politologen berufen, die uns gesagt haben, was *Populismus* »wirklich« ist. Ob sich der tatsächliche Gebrauch eines Ausdrucks im politischen Interdiskurs aber an fachliche (und sonstige) Begrenzungsversuche hält, ist eine ganz andere (und empirische) Frage. Sie gehört in die »Wortanalyse«. Die nämlich hat auch den Status autoritativer Begrenzungsversuche in der politischen Kommunikation (z. B. durch die zunehmend beschworenen »Experten«) zu berücksichtigen.

In aller Regel sind *Theorien* über gesellschaftlich-politische Leitbegriffe Hybride aus der Analyse des allgemeinen Gebrauchs und aus Unternehmungen zur Wortbegrenzung. Im Idealfall, wenn eine Theorie (nach der Marxschen Formel) »die Massen ergreift«, werden auch Theorien zu performativen Werkzeugen des politischen Kampfes. Dabei transformiert sich ihr begrifflicher Gehalt, passt sich den sozialen und medialen Wirkungsbedingungen des politischen Interdiskurses an. In der medienöffentlichen Diskussion werden Theorien (wenn sie überhaupt dort auftau-

chen) selektiv als Autoritäten rezipiert. Bei einem notorisch unterbestimmten, in der Hauptsache von seiner unbedingt positiven Konnotation zehrenden Fahnenwort wie *Freiheit* (Freiheit wovon und wofür?) zählt also neben seiner praktischen interdiskursiven Verwendung durchaus auch die Frage, welche Theorien der Freiheit von wem als Autoritäten wofür aufgerufen werden. Der Autor (Micha Brumlik) tut also gut daran, seine Analyse aufzuspannen zwischen den (kaum einzugrenzenden) Alltagsbelegen (mit ihrem Hang zur Fokussierung des »Freedom of Economy« (353) auf der einen und den bemühten theoretischen Ressourcen und Autoritäten auf der anderen Seite. Zwischen einer systemischen und minimalen Verwendungsbedingung von *Freiheit* und einer maximal theoretisch-autoritären Wortbegrenzung spielt die Musik: Wir müssen irgendeine Form von *Freiheit* voraussetzen, wenn wir ein Verhalten, Geschehen als *Handlung* verstehen wollen. Wer keine Wahl hat, handelt nicht. Am anderen Pol steht ein diskursives Maximum, nach welchem wirklich *frei* nur eine absolute Handlung, eine *creatio ex nihilo* sein kann (Kenneth Burke), weil doch alle anderen Freiheiten auf einschränkenden situativen Bedingungen beruhen. Die marktliberale Freiheitserzählung vom segensreichen Markt (wen wundert's?), der alle egoistischen Handlungen zur idealen Ordnung ausgleicht, nutzt ganz ungehemmt die Ressourcen der *creatio ex nihilo*.¹⁵ Micha Brumlik schlägt sich auf die Seite derjenigen, die John Stuart Mills Freiheitstheorie nicht in der neoliberal-marktradikalen Neufassung Hayeks, sondern in einer eher sozialliberalen Gerechtigkeitsversion interpretieren. Der Eintrag ist theoretisch lehrreich in Sachen Mill und Hayek, aber etwas bekenntnishaft. Begriffsgeschichtlich ergänzen könnte man den Eintrag sicher mit Verwendungsanalysen (Kollokationen, Umgebungen, Gegenbegriffen etc.) von *Freiheit* in Wirtschaftskommentaren und anderen einschlägigen Textsorten. Dass man auch grundsätzlich anders an *Freiheit* herangehen kann, belegt der *Freiheit*-Eintrag von Georg Vobruba,¹⁶ der *Freiheit* in enger Wechselwirkung mit (sozialstaatlichen) Sicherheitspolitiken als variable Handlungsspielräume fasst

14 Karl Otto Erdmann: *Die Bedeutung des Wortes*, Leipzig 1922, S. 74–102.

15 Fischer spricht in diesem Zusammenhang vom semantischen Coup des Liberalismus, der es geschafft hat, die skrupellose Selbstsucht der individuellen Akteure zum einzig sicheren Garanten des Gemeinwohls zu stilisieren. Siehe Karsten Fischer: *Moralkommunikation der Macht*, Wiesbaden 2006.

16 Georg Vobruba: »Freiheit: Autonomiegewinne der Leute im Wohlfahrtsstaat«, in: Stephan Lessenich (Hg.): *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse*, Frankfurt am Main 2003, S. 137–156.

(und der die »traditionale philosophische Belastung« des Begriffs eher als Hindernis für das Verständnis seines gegenwärtigen Gebrauchs sieht).

VI. GLOSSARE

Es fehlt in den vergangenen 20 Jahren nicht an Versuchen, die schöne neue Diskurswelt des Neoliberalismus wort- und begriffsbezogen darzustellen. Das Glossar ist als Form der Darstellung des gesellschaftlich-politischen Diskurses gegenwärtig populär. Nach den großen theorie- und begriffsgeschichtlichen Wörterbüchern mit ihren langen Abhandlungen dominiert derzeit die knappe essayistische, auf Synchronie und Performativität der Ausdrücke fokussierte Form, die wir auch in den Beiträgen von Ranan finden.

Im Ensemble betrachtet umreißen die politischen Glossare seit 2000 (die merkwürdigerweise voneinander kaum Notiz nehmen!) die massendemokratischen Themen, Repertoires und machtpolitischen Ressourcen, die sich im Laufe des 20. Jahrhunderts neu herausgebildet haben.

Lessenich fokussiert die wohlfahrtsstaatliche Semantik, durchaus auch mit dem Anspruch, deren historische Tiefendimension freizulegen.¹⁷ Bröckling et al., beispielhaft für zahlreiche Folgeunternehmungen, konzentrieren sich in der Hauptsache auf das lose Netz der neuartig-modernen und programmatischen Selbstbeschreibungsausdrücke (*Aktivierung, Community, Flexibilität, Prävention, Risiko, Zivilgesellschaft*), das in kurzen und prägnanten Essays freigelegt wird.¹⁸ Auch der Band von Leendertz & Meteling ist in großen Teilen glossarartig angelegt (*Wachstum und Décroissance, Vernetzung, Sicherheit, Standort*), baut aber stärker auf den klassischen wissenschaftlichen Aufsatz zum jeweiligen Lemma.¹⁹ Die Heinrich-Böll-Stiftung schließlich legt ein Glossar vor, das Einträge aus ganz unterschiedlichen Diskurssphären umfasst (*Facebook, Landlust, Patchwork* – aber auch performativ weitgehend neu-

trale Analysebegriffe wie *Metapolitik* und *Neofeudalismus*).²⁰ Ein ›Zeitbild‹ muss sich der Leser aus diesen Puzzleteilen selbst zusammensetzen.

Ranan gehört durchaus in diese Glossarkonjunktur, entgeht aber dem Patchwork-Charakter vergleichbarer Unternehmungen insofern, als die Lemmaliste mit ihrem Auswahlprinzip für etwas steht, das man (mit Kenneth Burke) als ›terministic screen‹, ein konsistentes und implikativ verbundenes Begriffsnetz, bezeichnen könnte. Neben den zentralen negativen Kontaminationsbegriffen (von denen weiter oben einige skizziert wurden) umfasst Ranans Lemmaliste auch wichtige Bestandteile des Repertoires ›positiver‹ Kontaminationsbegriffe. Wer mit solchen Ausdrücken erfolgreich identifiziert wird, der steht auf der guten und richtigen Seite des politischen Geschehens – und er verfügt über Ressourcen, mittels derer er alle diejenigen ansteckend machen und isolieren kann, die nicht mit ihnen identifiziert werden. Sie kommunizieren Motive, die unter allen Umständen legitim und schützenswert sind. Hier finden wir klassische Fahnenwörter wie *Menschenrechte, Demokratie, Freiheit, Wahrheit*.

Nehmen wir den Eintrag *Wahrheit* (Michael Quante) als Beispiel. Der Autor versorgt uns zunächst mit Etymologie und metasemantischer Folklore aus verschiedenen Wörterbüchern, schlägt dann eine Einteilung von *Wahrheit* nach vier Dimensionen vor (ontologisch, assertorisch, epistemisch, axiologisch) und beklagt und kritisiert verschiedene Spielarten der Politisierung des Wahrheitsbegriffs. Der Eintrag eignet sich trefflich für die Organisation einer philosophischen Seminardiskussion über *Wahrheit*, den pragmatisch-performativen Status wissenschaftlicher Wahrheitsbehauptungen im politischen Interdiskurs erreicht er jedoch nicht. »Tatsachenwahrheiten enthalten keine Prinzipien, die das Handeln inspirieren«, schrieb Hannah Arendt vor 50 Jahren,²¹ und in der Politik geht es, um einen bekannten Satz Bruno Latours zu paraphrasieren, um Angelegenheiten, die jeden betreffen und die niemand genau weiß. Die legitimatorischen (beinahe wissenschaftsreligiösen)²² Werte, die Berufung auf wissenschaftliche *Wahrheit* im politischen Diskurs beansprucht, sind soziologisch-massenkommunikativer Natur. ›Wissen-

17 Lessenich (Hg.): *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe* (Anm. 16).

18 Bröckling/Krasmann/Lemke (Hg.): *Glossar der Gegenwart* (Anm. 3).

19 Ariane Leendertz/Wencke Meteling (Hg.): *Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er Jahren*, Frankfurt am Main/New York 2016.

20 Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Stichworte zur Zeit. Ein Glossar*, Bielefeld 2020.

21 Hannah Arendt: *Wahrheit und Lüge in der Politik*, München 1972, S. 72.

22 Vgl. Clemens Knobloch: »Wissenschaftsreligion«, in: *kultuRRvolution* 77/78 (Heft 2/2019 und 1/2020), S. 62–70.

schaft« wird als *god term*, als letzte Instanz, in Anspruch genommen, und solchen Praktiken ist mit den Mitteln einer Seminardiskussion nicht beizukommen. Instruktiv ist hier der Vergleich mit dem *Wahrheit*-Eintrag im Glossar der Heinrich-Böll-Stiftung,²³ dessen Autor (Rainer Frost) stärker auf das Verhältnis zwischen Wahrheitsansprüchen und demokratischen Praktiken abhebt.

Reich ist derzeit auch das Repertoire der ansteckenden Gegenbegriffe von *Wahrheit*. Es umfasst Ausdrücke wie *post truth*, *postfaktisch*, *alternative Fakten*, *fake news* (und am Rande auch *Verschwörungstheorie*). Diese Schlag- und Stichworte verweisen in ihrer Gesamtheit auf den Umstand, dass politische Machtentscheidungen zusehends mit »wissenschaftlichen«²⁴ Tatsachen und Wahrheiten legitimiert werden. Woraus folgt, dass diejenigen, die sich gegen solchermaßen begründete politische Entscheidungen zur Wehr setzen, als vor- und unwissenschaftliche *Schwurbler* markiert werden können. Sie müssen immer damit rechnen, als *Leugner* (übrigens ein Eintrag, der leider fehlt) verunglimpft zu werden. *Follow the science* ist nicht nur die Parole von *Fridays for Future*, sondern auch die Generalformel der Coronapolitik. Entsprechend wichtig sind die Einträge zu Ausdrücken wie *fake news* (Jana Laura Egelhofer). Dieser (sehr fachlich geschriebene – beinahe 50 Fußnoten!) Artikel bearbeitet das Schlagwort erstmals mit gleichermaßen fachlichem Tiefgang und praktischer Erfahrung. Die Autorin zeigt, wie der Ausdruck performativ davon lebt, dass sein Gegenbegriff (*real news*) kaum zu umgrenzen ist, so dass letztlich das wachsende Misstrauen in die Berichterstattung der hegemonialen Medien mehr oder minder automatisch den Vorwurf plausibilisiert. Das Feld, in dem sich der Ausdruck etabliert hat, ist geprägt durch die intensive Konkurrenz zwischen »alten« und »neuen« Medien um die Autorität zur Etablierung von Tatsachen. Auf die Dauer freilich (so die Autorin; 22) wird *Fake News* einfach zur Chiffre für Nachrichten, denen man nicht vertraut. Der Ausdruck fungiert sowohl als delegitimierendes Label für Nachrichtenmedien als auch als Genrename für pseudo-journalistische Desinformation (16). Er gehört sowohl ins Repertoire des rechts-

populistischen Kampfes gegen liberale Leitmedien wie auch umgekehrt in den Kampf dieser letzteren gegen den eigenen Autoritäts- und Vertrauensverlust in einer Zeit, da die lange eingeübte Filterfunktion durch Netzmedien untergraben wird. Es findet sich im Eintrag *fake news* auch wieder die kulturkritische Warnung vor »exzessive[r] Verwendung von unzureichend definierten Terminologien« (23). Es gilt aber im Gegenteil, dass ein etablierter Konsens darüber, was ein solcher Ausdruck »wirklich« nennt und bezeichnet, ihn *eo ipso* zum politischen Gebrauch untauglich machen würde. Selbst für den innerfachlichen (quasi-terminologischen) Gebrauch lassen sich zudem Ausdrücke wie *Populismus* oder *fake news* nicht konsensuell bändigen. Auch im Korsett der »Wortabgrenzung« (Karl Otto Erdmann) bleiben sie behaftet mit den Spuren der interdiskursiven Praktiken, in denen sie verwendet werden.²⁵

Eingesprengt in den Kosmos der (negativen und positiven) Kontaminationsbegriffe finden sich bei Ranan aber auch einige Begriffe, auf die das Prädikat »umstritten« passt, in der Hauptsache: *Volk*, *Heimat*, *Gender*, *Intellektuelle*, *Elite*, *Kosmopolitismus*. Hinzu kommt ein Eintrag zu *Kommunismus* (Gregor Gysi), der merkwürdig changiert zwischen orthodox parteikommunistischen Deutungsmustern für die Geschichte und Warnungen vor staatlich organisierten Formen des Sozialismus in der Zukunft. Der begnadete rhetorische Praktiker weiß natürlich über die andauernde Tauglichkeit von *Kommunismus* als Kontaminationsbegriff und schildert die hysterische Verfolgung politischer Gegner als *Kommunisten* von der McCarthy-Zeit über den Kalten Krieg (Willy Brandt und Jean-Paul Sartre als Kommunisten!) bis in die Trump-Zeit, wo ja schon die Absicht, eine verbindliche Krankenversicherung einzuführen, den Sprecher zum *Kommunisten* prädestiniert.²⁶ Es ist die Epoche des Kalten Krieges, die (ganz nach dem oben skizzierten Muster) den *Kommunismus* zum dauerhaften Kontaminationsbegriff geprägt hat. Aber die Geschichte »lehrt« eben auch, dass man Feindbegriffe »umdrehen« kann, wenn man sie erfolgreich als Selbstbezeichnungen reklamiert.

23 Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Stichworte zur Zeit* (Anm. 20), S. 293–306.

24 Als Sprachwissenschaftler sollte man hinzufügen, dass es naturgemäß um Dinge geht, die diskursiv als wissenschaftliche Tatsachen *zirkulieren* können, was ja nicht das Gleiche ist. Geschätzte 80 % dessen, was in den liberalen Zeitungen als »wissenschaftliche« Erkenntnis präsentiert wird, ist einfach *bullshit science*.

25 Vgl. auch Utz Maas: »Konnotation«, in: Franz Januschek (Hg.): *Politische Sprachwissenschaft*, Opladen 1985, S. 71–96.

26 Der folgende kurze (und wenig analytische) Beitrag zu *Sozialismus* (Peter Steinbach) bleibt pauschal und bekenntnishaft. Sätze wie »Mit der russischen Oktoberrevolution von 1917 verlor der Sozialismus einen guten Teil seiner Attraktivität« (301) dürften Historiker nicht gerne kommentarlos lesen. Die hoch variablen Ressourcen des Begriffs *Sozialismus* bleiben unterbestimmt.

Aber zurück zu den umkämpften und umstrittenen Begriffen. Nehmen wir als Beispiel den *Intellektuellen*. Der Autor (Daniel Morat) lokalisiert den Ausdruck im Spannungsfeld zwischen affirmativer Selbst- und pejorativer Fremdbeschreibung, zwischen polemischer Vokabel und soziologischer Verortung einer Schicht. Diese Konstellation hat ihren Ursprung im Frankreich der Dreyfus-Affäre (307). Sie ist seither in ihren Grundlagen ziemlich dauerhaft. Der Autor rekonstruiert dann an markanten Beispielen die überwiegend antiintellektuellen Traditionen der Konservativen und Rechten und das ambivalente Verhältnis der Linken zur Rolle und Schicht der *Intellektuellen*. Ganz zum Schluss thematisiert der Autor dann den »digitalen Strukturwandel der Öffentlichkeit« (315), der die Bedingungen für intellektuelle Interventionen im politischen Feld noch einmal radikal verändert – nachdem (so sollte man hinzufügen) bereits die massendemokratische Transformation den Verhältnissen ein Ende gesetzt hatte, in denen Intellektuelle als kritisches Gewissen einer hegemonialen Bildungskultur fungieren und wahrgenommen werden konnten. Seither ist diese Rolle geschrumpft zum »Stichwortgeber«, der bestenfalls mit eingängigen Formeln (wie der vom »Ende der Geschichte« bei Fukuyama) in der Öffentlichkeit präsent ist. Notiert wird auch, dass der moderne Rechtspopulismus *Intellektuelle* als Feindbegriff nutzt und die so umrissene Gruppe der vom Volk entfremdeten und abgehobenen bindungslosen globalen *Elite* zurechnet (213).

Nicht ganz unähnlich ist dann auch die (von Barnaby Raine) untersuchte ambivalente Anatomie des Begriffs *Elite*, der ebenfalls zwischen positiver Selbstbeschreibung und pejorativer Fremdbezeichnung changiert. Und der gleichermaßen von Rechten wie von Linken sowohl programmatisch positiv wie auch kritisch negativ beansprucht worden ist. Anti-Elitismus findet man bei linken Soziologen (Charles Wright Mills) wie bei den radikalen Vordenkern des Neoliberalismus (Milton Friedman). Und programmatischen Elitismus ganz ähnlich bei rechten libertär-Vordenkern (wie Ayn Rand) und in den Traditionen des »Sozialismus von oben« (321). Barnaby Raines Fazit ist jedenfalls zitierenswert:

»Anti-Elitismus ist weder zwangsläufig gut oder schlecht noch radikal oder konservativ, unterdrückend oder emanzipatorisch. Er war all dies zu verschiedenen Zeiten. Er ist eine besondere Art von politischem Anspruch. Seine Grundannahme lautet, dass eine relativ kohärente und daher kleine Gruppe

von Menschen erheblichen Schaden anrichten kann. Weder Konservatismus noch Radikalismus erfordern aber einen Anti-Elitismus.« (325)

Erstaunlich an dieser Schlussfolgerung ist allerdings, dass der Autor den faktischen (und soziologisch untersuchten; in Deutschland etwa durch die Arbeiten von Michael Hartmann) Strukturwandel der globalen Eliten gar nicht in den Blick nimmt: die zunehmende Homogenität, Geschlossenheit und Organisation der Digital-, Finanz- und Kapitaleliten, ihre Verflechtung mit den politischen Eliten, ihre zunehmende Fähigkeit, sich demokratischer Kontrolle und Einhegung durch staatliche Akteure zu entziehen etc. Nur vor dem Hintergrund solcher Tatsachen lässt sich ausmachen, welche Rolle elitistische bzw. antielitistische Politiken spielen können. Dass der rechtspopulistische Antielitismus zu beinahe 100 % ein Antielitismus der (nationalen) Eliten selbst ist, hat sich ja auch herumgesprochen. Den demonstrativen Antielitismus von Bewegungen wie Podemos in Spanien und Cinque Stelle in Italien interpretiert der Autor als vergeblichen Versuch, der Links-Rechts-Alternative zu entkommen und als »gefährliche Illusion« (325). Mit Recht, wie ich glaube.

Eine letzte Bemerkung noch zum gegenwärtig höchst schillernden (und darum interessanten) *Heimat*-Begriff (Marcus Funck). Dessen höchst widersprüchliche historisch-konnotative Ressourcen präsentiert der Autor dicht und präzise und zeigt schlüssig, wie nach der deutschen Wiedervereinigung aus einem von den Vertriebenenverbänden und der CSU in Bayern gepflegten überständigen konservativ-nostalgischen Nischenbegriff allmählich Varianten erwachsen, die vom ökologischen Regionalismus bis zu runderneueren völkischen Ideologien reichen (71). Bei Pegida und in den Wahlkämpfen der AfD gilt die *Heimat* als notorisch gefährdet (durch den Islam, durch Brüssel, durch Migration), bis hin zu rechtsradikalen Forderungen nach militantem *Heimatschutz*. Verblüffenderweise reagieren die Parteien der Mitte darauf, indem sie ebenfalls *Heimatministerien* errichten und (meist eher unbeholfen) versuchen, den Begriff demokratisch (meist mit Diversitätsprogrammen) zu besetzen. Wenn das Verteidigungsministerium gar versucht, den freiwilligen Wehrdienst mit *Heimatschutz*-Rhetorik anzupreisen (74), dann hält der Autor das mit Recht für völlig inakzeptabel. Als Gewährsmann einer demokratischen *Heimat*-Tradition nennt Funck den progressiven Volkskundler Hermann Bausinger. Dessen praktischer Einfluss dürfte sich in Grenzen halten. Gleichwohl schließt

der Autor optimistisch (und gegen die Diagnose vom »missbrauchten Begriff«) mit dem Satz: »Nichts schützt mehr vor dem Missbrauch einer Idee als deren gut begründeter und erfolgreicher Gebrauch« (76). Zum politischen Alltag gehört es freilich, dass der Gebrauch des Einen der Missbrauch des anderen ist.

VI. SCHLUSS

Zu den übergreifenden Tendenzen moderner politischer Kampf- und Selbstdeutungs vokabulare, wie sie in den neueren Glossaren vorgestellt und konturiert werden, gehören u. a.:

[a] Eine Tendenz zur kultur- und schichtenübergreifenden (genuin massendemokratischen) Adressierung; Die meisten einschlägigen Ausdrücke (oder ihre Entsprechungen) sind in den modernen neoliberalen Massendemokratien überall im Gebrauch. Die von ihnen bewirtschafteten Motive sind sozial elementar, »biologienah« und können überall vorausgesetzt werden: der Wunsch nach Erfolg, Anerkennung, Sicherheit, die Angst vor Krankheit, Armut, Krieg und dauerhafter Denormalisierung.

[b] Anerkennungs rhetoriken und -vokabulare bedienen das Bedürfnis der Einzelnen, sich (in weiten Grenzen der individuellen Präferenz) moralisch auszuzeichnen. *Diskriminierung* ist das Hauptübel, gegen das Anerkennungs vokabulare in Stellung gebracht werden. Einschlägige Repertoires (*Diversität/Vielfalt, Inklusion, Respekt, Anerkennung, Wertschätzung* etc.) dienen zugleich auch der (wohlfahrtsstaatlichen) Prozessierung und Abwehr gruppen- und schichtenbezogener Sozial-, Gleichheits- und Gerechtigkeitspolitiken (wie besonders hervorgehoben in vielen Einträgen bei Lessenich).²⁷

[c] Wo die prozessierten Problemlagen global oder »menschheitlich« sind (Klimawandel, Ökologie, Artensterben, Ressourcen etc.), bleibt die politische Adressierung weitgehend individuell und moralisch. Sie kultiviert und bewirtschaftet psychologische Ressourcen wie individuelle Mitschuld, schlechtes Gewissen etc. Als »soziale« Ressourcen der Adressierung werden vor allem (mehr oder minder exklusive) gemeinschaftsbasierte Identitäten von »Betroffenen« in Anspruch genommen.

27 Lessenich (Hg.): *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe* (Anm. 16).

[d] Während bei Bröckling et al. »mittelbare Formen der Anleitung und Führung« und ihre sozialen Technologien im Vordergrund stehen,²⁸ die anhand ihrer programmatischen (und öffentlich durchweg positiv konnotierten) Begrifflichkeiten präsentiert werden, steht die Mehrzahl der Einträge von Ranan für die Sozialtechnologien der »roten Linie«, mittels derer den eher »weichen« Machtpraktiken normalistisch-neoliberalen Gesellschaften semantisch »harte« (und doch flexible) Grenzen gesetzt werden. Auch bei diesen handelt es sich (nota bene) um »mittelbare Formen der Anleitung und Führung«.

Als »perspective by incongruity« bezeichnet Kenneth Burke die sprachliche Technik, mittels derer wir, durch Zusammenstellung eigentlich konträrer und unvereinbarer semantischer Sinngehalte neue und eigentümliche Perspektiven auf die Ambivalenz und Mehrdeutigkeit all dessen gewinnen, was uns im (weitgehend gedankenlosen) symbolischen Alltag klar und eindeutig vorkommt.²⁹ Burkes Lieblingsbeispiel ist der von Thorstein Veblen geprägte Ausdruck »trained incapacity«. Für gewöhnlich sind es Fähigkeiten, die durch Training erworben werden, aber Veblen weist uns darauf hin, dass (in der Sphäre des Symbolischen) auch Unfähigkeit trainiert ist. Burke vergleicht diese Technik mit kubistischer Malerei, die ein Objekt aus unterschiedlichen Blickwinkeln zugleich zeigt. Eine Pointe dieses darstellungstechnischen Modells besteht darin, dass es seine erhellende und aufklärende Wirkung in dem Maße verliert, wie die einschlägigen Ausdrücke selbstverständlich, deckend und zu einfachen (gedankenlosen) Bezeichnungen werden. *Fake news* ist ein Beispiel für *perspective by incongruity*,³⁰ *Sprachgewalt* ebenfalls, und auch *Selbstunternehmer* oder *humanitäre Intervention* für einen Kriegseinsatz sind einschlägig. *Unternehmer* wenden andere als Arbeitskräfte an, und wenn sie nur sich selbst anwenden, sind sie »eigentlich« keine *Unternehmer* mehr. Und Kriegseinsätze können zwar humanitär motiviert werden, haben aber niemals humanitäre Wirkungen, und in einer politischen Kultur, in der Foltermethoden wie *waterboarding* offiziell als *enhanced interrogation practices* geführt werden, ist man vor nichts mehr sicher. »Perspective by incongruity« ist also als Darstellungstechnik neutral gegen die Opposition von ideologischer Manipulation und kritischer Aufklärung.

28 Bröckling/Krasemann/Lemke (Hg.): *Glossar der Gegenwart* (Anm. 3), S. 9.

29 Burke: *Attitudes toward History* (Anm. 13).

30 Nachrichten steht für Fakten, Tatsachen, fake für falsch, fingiert ...

Lehrreich ist Kenneth Burkes Begriff aber in unserem Zusammenhang noch nach einer ganz anderen Seite, dann nämlich, wenn man ihn auf das begriffliche Management konnotativer Bestände bezieht. Der Blick auf die genuinen Kontaminationsbegriffe (*Rassismus*, *Antisemitismus*, *Kolonialismus*, *Apartheid*) legt die Vermutung nahe, dass ihr erfolgreicher Einsatz unter massendemokratischen Verhältnissen darauf beruht, dass sie die hoch ambivalente Gegenwart *in terms* von evaluativ absolut eindeutiger Vergangenheit artikulieren. Flexibel gehalten werden die harten Kontaminationsbegriffe im Feld ihrer kasuistischen Verwendung. Trefflich streiten kann man eben darüber, was als ›Fall von‹ *Rassismus*, *Antisemitismus* etc. gelten soll, nicht über die mit dem Ausdruck transportierten Bewertungen. Ähnliches gilt klappsymmetrisch für die positiven Gegenstücke der negativen Kontaminationsbegriffe: Was ist noch *Demokratie* und was ist schon *Populismus*? Wegen ihres absoluten moralischen Wertes eignen sich die einschlägigen Begrifflichkeiten (positive wie negative) als Leitwerte konkurrierender *Communities/Gemeinschaften*.³¹ Und solche labilen und punktuellen Vergemeinschaftungsformen neigen dazu, moralische Überbietungskonkurrenzen zu etablieren: Wer ist noch radikaler, moralischer, grundsätzlicher in seinem Engagement gegen *Rassismus*, *Antisemitismus* etc.? All das können wir täglich beobachten, sowohl in den traditionellen Medien als auch in den digitalen Netz-Communities. Moralische Gemeinschaften dieses Typs tendieren zur Pflege der eigenen Exklusivität, wenn und soweit sie nicht von Instanzen autoritativ vorgegeben sind, sondern ›identitätspolitisch‹ nach individueller Präferenz gewählt werden können.

Was sagt der hoch inflationäre Gebrauch ultimativer Feind- und Kontaminationsbegriffe aus über die Gesellschaft, in der er floriert? Welche Mechanismen implementiert eine Öffentlichkeit, in der ein unbedachtes Wort jemanden zum *Rassisten* machen kann (während der Begriff mit den Konnotationen des NS-Völkermords geladen ist)? Und in Israel oder in der Türkei ist man *Terrorist*, sobald man zu einer aktiven Opposition gerechnet werden kann.

Ein Effekt des inflationären Gebrauchs solcher Begriffe dürfte darin liegen, dass sie nicht mehr funktionieren, wenn man sie wirklich benötigt, um

politisch organisierte, von wirtschaftlichen Interessen getragene kompakte Akteure zu bekämpfen. ›Kasuistische Überdehnung‹ von Feindbegriffen könnte man das nennen, in Anlehnung an Kenneth Burkes weiter oben angesprochenen sprach- und modelltheoretischen Begriff des *casuistic stretching*, das wir notgedrungen mit allen Wörtern betreiben.³²

Nehmen wir den Titel *Sprachgewalt* lediglich als Hinweis darauf, dass *alle* politischen Begriffe Kampfbegriffe sind und nach ihrer polemischen Leistungsfähigkeit betrachtet werden müssen (wie es durchaus der von Carl Schmitt und Reinhart Koselleck geprägten Tradition der Begriffsgeschichte entspricht), dann wird die tiefe Ambivalenz der überdehnten Kontaminationsbegriffe deutlich: Sie hat als politische Praxis eine selbstbewusste Humpty-Dumpty-Lesart nach dem Motto »Was *Rassismus*, *Terrorismus*, *Extremismus* etc. ist, bestimmte ich!« – es kommt nur darauf an, wer der Stärkere ist. Es gibt aber daneben auch eine verzweifelt defensive Lesart, ungefähr paraphrasierbar mit dem Satz: Die eigene Hegemonie ist so gefährdet und prekär, dass sie nur gesichert werden kann, wenn die semantischen Pfähle, die für absolute Feindschaft stehen, möglichst weit vorne eingeschlagen und befestigt werden. Dass *beide* Varianten für antidemokratische und antidiskursive Machtpraktiken stehen, versteht sich, macht die Sache aber eben darum nicht besser.

Wer banale politische Gegnerschaft mit ultimativen Feindbegriffen traktiert, der betreibt die Enthemmung von Gewaltbereitschaft. Und so gesehen legen die Autoren von Ranans Buch mit Hilfe der arg missverständlichen *Sprachgewalt*- und *Missbrauch*-Formeln Verhältnisse frei, die so ambivalent sind, dass man am Ende nicht so recht weiß, vor wem man sich mehr fürchten soll: vor den demonstrativ »guten« progressiv-neoliberalen oder vor den demonstrativ »bösen« populistischen Figuren.

31 Man vergleiche den von Reinhard Kreissl verfassten Artikel zu *Community* in: Bröckling/Krasmann/Lemke (Hg.): *Glossar der Gegenwart* (Anm. 3), S. 37–41.

32 Burke: *Attitudes toward History* (Anm. 13), S. 229 ff.